

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch unsere Auslieferung in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 60, mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Auslieferung nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zusendung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 für die 6 gelbsteilen Korpuszeile oder deren Raum, 10 Zeilen, die 2 hellen Korpuszeile 20. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Tagesanmeldungen im amtlichen Zeit (nur von Zeitungen) die 2 gelbsteilen Korpuszeile 20. Nachmittags-Beilagen 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernehmen wir keine Haftung. Jeder Rückrufanspruch ist, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 177

Dienstag den 1. August 1922.

81. Jahrgang

Meine Zeitung für eilige Leser.

* Infolge der französischen Drohnote in der Zahlungsfrage und der innerpolitischen Verwicklungen mit Bayern sind der Dollarkurs in Berlin an der Sonnabendbörse auf 606. In New York notierte der Dollar nur 576.

* Der bayerische Ministerpräsident wird wahrscheinlich erst Dienstag die Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten an Versailles abgeben.

* Poincaré soll der englischen Regierung mitgeteilt haben, daß es nach seiner Ansicht noch besser wäre, die Londoner Konferenz vor dem 15. August zu veranlassen.

* Der Führer der Delegation soll Irland heimlich verlassen und sich nach Amerika begeben haben.

* Griechenland erklärte, es nehme keine volle Handlungsfreiheit im nahen Osten zurück. Es soll einen Vorstoß auf Konstantinopel beabsichtigen. Alliierte Truppen besetzten die Thessalonika.

* Am 1. August findet eine neue Zusammenkunft der Arbeitgeber und Arbeiter zur Beilegung des amerikanischen Eisenbahnerstreiks statt.

Frankreichs Aktienforderung.

Von einem finanztechnischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In Frankreich ist der Plan aufgetaucht, von Deutschland als Sicherheit für die Reparationsforderung die Abtretung von Aktien deutscher Unternehmungen zu verlangen. Man hat sich darüber niemals Gedanken über die Ausführung einer Forderung gemacht, man hat Sicherung gefordert, die Deutschland eben erfinden mußte, und es wäre selbsterfindlich zu glauben, Frankreich würde von seinem Wünsche abgehen, deutsche Aktien für sich in Anspruch zu nehmen, weil es der deutschen Regierung unmöglich wäre, den französischen Wünschen zu genügen. Scheiterte das in Deutschland angeregte Sachwerte-Projekt an dem Widerspruch der Parlamentarier, so ist es doch immerhin ungewiß, welche Folgen der außenpolitische Druck zeitigen kann, daß es ganz unüberschaubar ist, zu welchen Zuständen es führen könnte, sobald die französische Forderung tatsächlich erhoben würde.

Da die deutsche Regierung Aktien wirtschaftlicher Unternehmungen nicht in nennenswertem Umfange besitzt, so würde es einen Eingriff in deutsches Privateigentum bedeuten, wenn der Plan Tatsache werden sollte. Seit dem Kriege und noch mehr nach dem Versailler Vertrag ist es nicht mehr wie früher eine völkerverhüllende Selbstverständlichkeit, daß das Privateigentum international als unantastbar gilt. Der deutsche Privateigentümer in den früher feindlichen Ländern ist liquidiert und haßbar gemacht für deutsche staatliche Verpflichtungen, jetzt soll die Enteignung großen Stills im deutschen Inland beginnen, mit Forderungen nach neuen Steuern würde der Anfang gemacht, da die deutsche Industrie noch immer lebensfähig ist, soll durch die Erfassung von Aktien ihr direkt die Art an die Wurzel gelegt werden. Man hat von dem Gedanken einer Beteiligung des Auslandes an der deutschen Wirtschaft und an ihren Erträgen gesprochen, in der Absicht, das Ausland würde dadurch ein Interesse an der Erhaltung der deutschen Wirtschaft erhalten. Jetzt kehrt dieser Gedanke mit einer Tendenz wieder, die nur in entgegengesetztem Sinne sich auswirken kann.

Die deutsche Regierung kann auf dem freien Markt niemals Aktien deutscher Unternehmungen in wesentlichem Umfange aufbringen, denn der geringe Versuch dazu würde eine Effektenhausse bewirken, die gar keine Grenzen findet und die Aktien der bedeutendsten Unternehmungen, auf die es ankam, wären trotzdem auf dem freien Markt nicht zu erhalten. Nun sind an sich gerade die Aktienwerte weit hinter der Selbsterwertung zurückgeblieben, selbst wenn man die Kapitalverwässerung hinzurechnet. So kann man die nominelle Steigerung der Aktienwerte mit nicht mehr als dem Dreifachen veranschlagen, während die allgemeine Wertsteigerung, gegenüber Papiermarkt gerechnet, bis zum 125fachen fortgeschritten ist. Einen Ausgleich würden die Aktien auch dann nicht erreichen, aber die Regierung kann die Mittel zu einem freiwilligen Ankauf ohnehin nicht aufbringen, sie könnte sich Aktien nur zwangsweise verschaffen.

Aber gerade dann träten die Nachteile infolge Entwertung besonders kraft hervor, und darin liegt die verhängnisvolle Wirkung einer Erfassung von Aktien und Anteilen begründet. Es ist von untergeordneter Bedeutung, ob die Aktien direkt oder als Sicherheiten ausgeliefert werden, denn Sicherheiten haben nur einen Sinn, wenn man auf sie zur Befriedigung von Forderungen zurückgreifen kann. Infolgedessen würden die deutschen Aktien, selbst wenn sie zum Börsenkurs bewertet würden — in der Praxis läßt kaum eine andere Form in Betracht, als den Betriebes gewinnberechtigten und rückzahlbaren Aktien umlegen — zu weniger als einem Viertel ihres Realwertes ins Ausland gehen, und das würde ein dauerndes Siechtum für die deutsche Wirtschaft bedeuten, die dann zunächst zum Ausgleich dieses Schadens Jahrzehnte trübsalvoll arbeiten müßte. Das ist zweifellos die feindliche Absicht, Verwirklichung sich diese Absicht, dann würde es wirklich und unbewußt mit der Wiederaufrichtung Deutschlands vorbei sein. Wenn auch noch die Leistungskraft der

deutschen Wirtschaft in den bodenlosen Töpf der Reparationen geworfen werden sollte, dann gibt es keine Existenzmöglichkeit weder für das Reich als Ganzes, noch für seine Teile.

Der französische Plan der Aktienauslieferung, in welcher Form er auch aufsteht, mag, muß deshalb das deutsche Volk in geschlossener Abwehrstellung finden.

Die bayerische Entscheidung verlagert.

Gewichtigte zum Nachgeben.

Der Brief des Reichspräsidenten an den Grafen Berchthgott hat in München erste Aufmerksamkeit gefunden, doch konnte sich der Ministerpräsident nicht über die Antwort darauf schlüssig werden, sondern hat die Entscheidung um einige Tage verschoben. Man hofft, bis Dienstag sich äußern zu können. In Berlin erwartet man, da die außenpolitische Lage dringend die volle Aufmerksamkeit der Reichsregierung fordert, mögliche Beschleunigung. Es ist notwendig, daß die innerpolitischen Streitigkeiten nunmehr endgültig und schnell zu Ende gebracht werden, damit das Reichskabinett, vor allem der Reichskanzler, Zeit gewinnen, um sich mit der nötigen Vorsicht den schwierigen außenpolitischen Fragen zu widmen. Jede Verzögerung der Lösung des Konflikts muß nachteilig auf die deutsche außenpolitische Lage wirken.

Die Ansicht der bayerischen Volkspartei.

Die maßgebende bayerische Volkspartei äußert sich zu dem Briefe des Reichspräsidenten in ihrer Korrespondenz u. a.: „Es muß anerkannt werden, daß der Reichspräsident, zu dessen höchster Überlegung und Besonnenheit man auch in Bayern Vertrauen hat, dem Ernst der Lage insoweit entsprochen hat, als er nicht übertriebene Schritte unternimmt, sondern, wie es mit diesem Briefe geschehen ist, den Weg der Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung eröffnet. Das ist die einzige Möglichkeit, eine Verständigung zu erzielen. Zusammen kann man dem Reichspräsidenten nicht, wenn er die Auffassung als irrig bezeichnet, daß das Schicksal der staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinflusst. Die Bestimmungen über den Staatsgerichtshof seien unzulässig ein tiefer Eingriff in die Polizei- und Justizgesetz der Länder.“

Eine Stimme aus Augsburg.

Der Stadtrat von Augsburg erließ eine Erklärung, worin es heißt: Der Stadtrat von Augsburg tritt den Erklärungen, die der Münchener und der Nürnberger Stadtrat zu dem Vorgehen der bayerischen Regierung gegenüber dem Reichspräsidenten zum Schutze der Republik abgegeben haben, vollinhaltlich bei. Der Stadtrat sieht in den Wirkungen, die durch die Stellungnahme der bayerischen Regierung ausgelöst werden müssen, schwere Gefahren politischer und wirtschaftlicher Natur, auch für unsere Industriestadt. Der Stadtrat von Augsburg sieht neu zum Reiche und seinen Gesetzen und erwartet von der bayerischen Regierung die Abkehr von ihren verhängnisvollen Beschlüssen.

Das Märchen vom Einfall der Reichswehr.

Dalmanisch wird in Berlin folgende Erklärung veröffentlicht: Die München-Augsburger Abendzeitung bringt die Meldung, der Reichskanzler Dr. Brüning habe mit dem Reichspräsidenten über die bayerischen Angelegenheiten eine eingehende Rücksprache gehabt, wobei er dem Reichspräsidenten vorgeschlagen habe, im Notfall gegen Bayern den Artikel 48 der Verfassung anzuwenden. Das Blatt fügt hinzu, es sei unwahrscheinlich, daß der Reichspräsident die Verantwortung auf sich nehmen werde, die Reichswehr nach Bayern zu senden. Die Nachricht ist in vollem Umfange frei erfunden. Der Reichskanzler hat einen solchen Vorschlag weder gegenüber dem Reichspräsidenten noch auch dem Reichskabinett gemacht.

Die Zusammenkunft der Staatspräsidenten.

Die Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen waren in Bruchsal zu einer Beratung über die durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli 1922 geschaffene Lage zusammengetreten. Sie gelangten zu einer übereinstimmenden Beurteilung der Situation und werden zunächst ihren Kabinetten Bericht erstatten.

Zahlung oder Sanktionen!

Die französische Drohnote an Deutschland.

Wie schon bekannt, hat die französische Regierung das deutsche Gesuch um eine Stundung oder Herabsetzung der monatlichen Zahlungen abgelehnt. Die Ablehnung ist aber in derartig schroffen Formen erfolgt, daß tatsächlich alles Gerede der letzten Zeit von den Londoner Verhandlungen, von der Sanierung Europas, von einer neuen Bankkonferenz wesentlich ersinkt gegenüber der einen Feststellung, daß die französische Regierung ihren alten Standpunkt, Deutschland auszupressen, gegebenenfalls mit Hilfe brutaler Gewalt und ohne jede Rücksicht auf den drohenden Sturm ganz Mitteleuropas nicht um einen Haarsstrich verlassen hat.

Die französische Regierung stellt für den Fall der Nichtabnahme der Monatsrate im Ausnahmeverfahren die

Kündigung des Abkommens vom 26. Juni 1921, die nach ihrer Meinung auch die Aufhebung der späteren Vereinbarungen zur Folge haben müßte, das Verbot an die französischen Ausgleichsämter, deutsche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen der striktesten Durchführung des Friedensvertrages in Aussicht. Dazu würde auch die Aufhebung des Reichsausgleichsgesetzes gehören, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner weit über die Verrechnungen aus dem Friedensvertrage hinausgegangen sei.

Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer Frist von zehn Tagen, die vom 26. Juli ab läuft, eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von 2 Millionen Pfund zahlen wird und kündigt an, daß sie andernfalls gewisse nicht näher bezeichnete Maßnahmen in Wirklichkeit treiben lassen werde.

Das ist also eine unmittelbare Drohung an Stelle der heute nur noch möglichen Erwägungen über die Möglichkeiten der deutschen Leistungsfähigkeit. Die Note empfiehlt in böhmischer Weise der deutschen Regierung, die deutschen Privatschuldner zur Regulierung ihrer Vorkriegsverpflichtungen zum Tageskurs zu zwingen, und sie erklärt sich bereit, diejenigen, die diese ungeheure Last nicht aufzubringen vermögen, durch Verpfändung ihrer Namen in einer schwarzen Liste an den Pranger zu stellen und um ihren Geschäftskredit zu bringen. Die weitere Anregung, Deutschland möge die Entschädigung derjenigen seiner Bürger, deren Eigentum im Auslande enteignet und zwangsliquidiert worden ist, aufschieben oder einstellen, steht auf gleicher Höhe.

Welchen hat auf das gleiche deutsche Gesuchen um Stundung der Ausgleichszahlungen und um ein Moratorium geantwortet, sie wünscht nur gemeinsam mit den Alliierten zu handeln.

Die noch nicht abgeschlossenen Beratungen in Berlin über die Antwort auf die französische Drohnote sollen sich in dem Sinne bewegen, daß die französischen Vorschläge abzulehnen seien. Als erste Wirkung der französischen Note ist das Steigen des Dollarkurs an der Berliner Börse über 600 zu verzeichnen.

Griechenlands Kriegsdrohung.

Der Marsch auf Konstantinopel.

Die griechischen Unruhestifter scheinen den Sommer nicht vorbeizulassen zu wollen, ohne einen neuen Versuch zu versuchen. Sie sollen einen Handstreich auf Konstantinopel planen. Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen hat den senegalesischen und den französischen Truppen den Befehl erteilt, den Bezirk von Thessalonika zu besetzen und sich einem etwaigen Vormarsch der Griechen auf Konstantinopel zu widersetzen.

Der griechische Gesandte in London hat der britischen Regierung erklärt, daß Griechenland seine Handlungsfreiheit in allen Fragen des nahen Ostens zurückgenommen habe. In England wurde eine amtliche Erklärung veröffentlicht, worin gesagt wird, daß die Alliierten Konstantinopel als gemeinsames Pfand besetzen hielten und es auch gegen jeden Versuch, es zu besetzen, verteidigen würden, ganz gleich, von welcher Seite dieser Versuch unternommen würde.

Lloyd George über neue Kriegsgefahr.

Der verbottene Akt des deutschen Geldes.

Bei einem Frühstück in London, an dem vierhundert Geistliche und Laien teilnahmen, hielt Lloyd George eine Rede, in der er nach längeren Ausführungen über die nach dem Kriege eingetretenen Schwierigkeiten sagte, die Völker müßten sich zusammenschließen, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen. Auch der Frieden beruhe auf Gefahren in sich. Die Welt sei voll davon. Einige lägen offen zu Tage, andere seien aus Tageslicht gekommen, viele lauerten im Verborgenen.

Wacht! — sagte Lloyd George — wacht! Das Gefühl breitet sich aus, daß früher oder später ein neuer Konflikt kommen muß. Nationen, die, ich will nicht sagen, früher nicht bestanden haben, aber Nationen, die zerstückelt und begraben waren, stellen neue Ansprüche auf. Es gibt bei ihnen nationale Erbitterung, nationale Befürchtungen, Regungen, Abneigungen und künstlich begabte und übertriebene Ansprüche. Aber das ist noch nicht alles. Beobachtet, was geschieht! Noch fürchterlichere Maschinen, als selbst der letzte Krieg je gesehen hat, werden gebaut. Diese sollen nicht dem Frieden dienen. Sie sind bestimmt, Bürger anzugreifen, unbewaffnete und unbewehrte Einwohner. Sie sollen hilflose Frauen und Kinder töten, verkränken, verstümmeln und verbrennen. Wenn die Kirche Christi in ganz Europa und Amerika dulden würde, daß sich etwas derartiges ereignet, so würde sie besser ihre Tore schließen. Der nächste Krieg wird, falls es so weit kommen sollte, gegen die Zivilisation selbst geführt werden. Großbritannien hat seine Küstungen zu Lande, zur See und in der Luft herabgelassen noch unter die vor dem Kriege unerschallene Stärke. Wenn jede Nation auf der Erde das gleiche tun würde, dann würde es keine Gefahr für den Frieden